

Durch die Anordnung von Rodungsmaßnahmen und die Ausschreibung des neuen US-Klinikums vor Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung will das Bundesbauministerium vollendete Tatsachen schaffen und die Beteiligung der Bürger erneut aushebeln.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 069/13 – 27.05.13

## Für das Bundesbauministerium in Berlin steht der Neubau eines US-Hospitals im US-Depot Weilerbach schon vor Beginn der Bürgerbeteiligung fest

Die Presseagentur dpa hat unter [http://www.t-online.de/regionales/id\\_63530778/erste-baeume-fuer-us-militaerlinik-sollen-im-spaetherbst-fallen.html](http://www.t-online.de/regionales/id_63530778/erste-baeume-fuer-us-militaerlinik-sollen-im-spaetherbst-fallen.html) folgende Meldung verbreitet:

### **Erste Bäume für US-Militärklinik sollen im Spätherbst fallen**

23.05.2013, 18:28 Uhr | dpa

*Die Vorbereitungen zum Bau eines neuen Klinikkomplexes des US-Militärs in der Westpfalz laufen. Im November solle mit der Rodung eines 47 Hektar großen Waldstücks bei Weilerbach begonnen werden, teilte das Bundesbauministerium am Donnerstag in Berlin mit. Die nötigen Genehmigungsverfahren sollen bis dahin abgeschlossen sein, auch ein Informationstermin für Bürger und die öffentliche Auslage der Pläne sei vorgesehen.*

*Die USA wollen den Angaben zufolge 990 Millionen Dollar (rund 765 Millionen Euro) in den Neubau in der Nähe der Airbase Ramstein investieren. Er soll das US-Militärhospital in Landstuhl ersetzen, das als größtes außerhalb der USA gilt. Die Rodungsarbeiten würden mit einem Jahr Verspätung beginnen. Ein erster Termin konnte wegen einer Klage von Umweltverbänden nicht eingehalten werden.*

Bereits am 07.05.13 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über die Oberfinanzdirektion Koblenz, Abteilung Bundesbau / ABB vom Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung / LBB, Niederlassung Weilerbach unter [http://ausschreibungen-deutschland.de/109778\\_350104001\\_-\\_11D0704\\_-\\_Neubau\\_US\\_Klinikum\\_Weilerbach\\_WSA\\_Kaiserslautern\\_Medical\\_Center\\_2013\\_Landstuhl](http://ausschreibungen-deutschland.de/109778_350104001_-_11D0704_-_Neubau_US_Klinikum_Weilerbach_WSA_Kaiserslautern_Medical_Center_2013_Landstuhl) den Neubau US Klinikum Weilerbach ausschreiben lassen.

Nebenstehend haben wir nur den Anfang der über 8-seitigen "Auftragsbekanntmachung" abgedruckt, die unter dem o.a. Link vollständig aufzurufen ist.

Das Verwaltungsgericht Neustadt hatte mit Beschluss vom 14.11.12 den sofortigen Vollzug der nun erneut für November 2013 angekündigten großflächigen Rodungsarbeiten gestoppt und darauf hingewiesen, das "derzeit keine Möglichkeit bestehe, "die Öffentlichkeitsbeteiligung in einem UVP-pflichtigen Verfahren zu beschränken". (Weitere Infos dazu

350104001 - 11D0704 - Neubau US Klinikum Weilerbach, WSA Kaiserslautern / Medical Center Replacement - MCR / Rhine Ordnance Barracks Kaiserslautern.

Google® Benutzerdefinierte Suche

Suche

#### Auftragsbekanntmachung

##### Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

#### I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dieses vertreten durch die Oberfinanzdirektion Koblenz, Abteilung Bundesbau - ABB-, diese vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- u. Baubetreuung, Niederlassung Weilerbach, vertreten durch den Niederlassungsleiter

Kontaktstelle(n): LBB NL Weilerbach  
Zu Händen von: Sachgebiet Recht u. Verträge  
66849 Landstuhl  
DEUTSCHLAND

Telefon: +49 637161839/100  
E-Mail: [vergabe.weilerbach@lbbnet.de](mailto:vergabe.weilerbach@lbbnet.de)  
Fax: +49 637161839/120

#### Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.lbbnet.de>

Elektronischer Zugang zu Informationen: <http://www.vergabe.rlp.de>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

sind aufzurufen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP19612\\_201112.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP19612_201112.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP20612\\_101212.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP20612_101212.pdf) .)

Unter der Überschrift "Startschuss für Umweltverträglichkeitsprüfung" hat DIE RHEIN-PFALZ am 02.05.13 berichtet:

*Die Umweltverträglichkeitsprüfung für den Neubau eines US-Militärkrankenhauses bei Weilerbach wurde gestartet, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat dabei sozusagen den Hut auf und wird vor allem von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt unterstützt. „Wir begeben uns nun ins Abenteuer der Umweltverträglichkeitsprüfung, aber wenn man weiß, wo man hin will, findet man auch einen Weg“, sagt Georg Reitz von der BImA-Sparte Bundesforst mit Sitz in Bonn. Was der Forstmann damit meint: Das hochkomplexe juristische Geschäft hinter dieser Prüfung ist Neuland für die Bundesanstalt. Auch deswegen wurde lange gerungen, ob sie überhaupt in der Lage ist, diese Aufgabe zu übernehmen. In etlichen Gesprächen mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) wurde genau diese Frage abgeklärt. „Wir brauchen, wenn wir schnell sein wollen, eine gute Autobahn“, umschreibt Reitz, dass der juristische Hintergrund vorab bis aufs i-Tüpfelchen geklärt sein musste, um Verfahrensfehler zu vermeiden. Er ist zwischenzeitlich zuversichtlich, dass die Prüfung so rechtzeitig abgeschlossen sein könnte, dass ein Bescheid bis zur Vegetationspause im kommenden Winter ergeht.*

*Der Forst ist im Spiel, weil die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) die Baumfällarbeiten betrifft. Rund 42 Hektar sollen insgesamt gerodet werden, zunächst stehen zehn Hektar an. Den notwendigen Rodungsantrag hatte das Bundesverteidigungsministerium stellvertretend für das US-Militär Ende März bei der BImA gestellt und darum gebeten zu prüfen, inwieweit eine UVP-Pflicht besteht. Die BImA wiederum hat daraufhin das UVP-Verfahren gegenüber der rheinland-pfälzischen Zentralstelle der Forstverwaltung eröffnet. Diese Stelle muss ganz am Schluss ihre Stellungnahme abgeben.*

*Mit der fachlichen Ausarbeitung der UVP hat die BImA ein Ingenieurbüro beauftragt, außerdem gibt es verwaltungsjuristische Begleitung. Die SGD leistet Amtshilfe in sogenannten punktuellen Fragen. Da sie bereits bei der vorbereitenden Umweltverträglichkeitsstudie gefragt war, ist sie völlig im Bild. Kommunen, Behörden, Verbände und Bürger können dann Einwendungen machen, letztlich wird alles eine Frage der Abwägung sein.*

*Wie versprochen, werden die Naturschutzverbände BUND und Nabu aber von Beginn an mit am Tisch sitzen. Beide hatten mit einer Klage erreicht, dass die Umweltprüfung Pflicht ist. „Wir wollen möglichst früh ihre Anregungen aufnehmen und abwägen“, sagt Reitz. Daher sind sie dabei, wenn in einem sogenannten Scoping-Termin Inhalt und Umfang der UVP festgelegt werden. Aller Voraussicht nach wird das am 3. Juni in der Kreisverwaltung sein.*

Mit der Ausarbeitung der Umweltverträglichkeitsprüfung / UVP wurde also ein Ingenieurbüro beauftragt, das, wenn es sich nicht um die L.A.U.B GmbH (s. <http://www.laub-kl.de/> ) handelt, auf jeden Fall auf die mit großer Sorgfalt von dieser Firma erstellte Umweltverträglichkeitsstudie Bezug nehmen muss; mit dieser Studie und den zahlreichen schützenswerten Organismen, die in dem geplanten Baugebiet erfasst wurden, haben wir uns unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP17512\\_290912.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP17512_290912.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP17712\\_011012.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP17712_011012.pdf) bereits ausführlich beschäftigt. Das von der BImA beauftragte Büro wird von sich aus wohl kaum zu dem Ergebnis kommen, dass aus Gründen des Natur- und Umweltschutzes und in unmittelbarer Nähe eines dadurch gefährdeten Wasserschutzgebietes kein US-Hospital gebaut werden darf.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland / BUND und der Naturschutzbund Deutschland e.V. / NABU haben bisher keine grundsätzlichen Einwände gegen den Neubau eines US-Hospitals erhoben. Sie wollen eigentlich nur genügend Ersatzunterkünfte für Fledermäuse und die Erhaltung eines Wanderkorridors für Wildkatzen durchsetzen.

Um den umfassenden Schutz der Natur, der Umwelt und des Trinkwassers müssen sich die Bürger schon selbst kümmern. In der LUFTPOST 206/12 (aufzurufen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_12/LP20612\\_101212.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP20612_101212.pdf) ) haben wir ausführlich dargestellt, welche Möglichkeiten das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung / UVPG dafür bietet. Die UVP m u s s unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Dazu wird in §2 (6) des unter <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/uvpg/gesamt.pdf> aufzurufenden UVPG ausgesagt:

*Öffentlichkeit im Sinne dieses Gesetzes sind einzelne oder mehrere natürliche oder juristische Personen sowie deren Vereinigungen. Betroffene Öffentlichkeit im Sinne dieses Gesetzes ist für die Beteiligung in Verfahren nach Absatz 1 Satz 1 und Absatz 4 jede Person, deren Belange durch eine Entscheidung im Sinne des Absatzes 3 oder einen Plan oder ein Programm im Sinne des Absatzes 5 berührt werden; hierzu gehören auch Vereinigungen, deren satzungsmäßiger Aufgabenbereich durch eine Entscheidung im Sinne des Absatzes 3 oder einen Plan oder ein Programm im Sinne des Absatzes 5 berührt wird, darunter auch Vereinigungen zur Förderung des Umweltschutzes.*

Einwände gegen den geplanten Hospital-Neubau können also auch alle (einzelnen) Bürger erheben, die ihre Belange davon berührt sehen, zum Beispiel

- alle Bewohner der 127 Ortsgemeinden, die ihre Wasserversorgung durch eine mögliche Verschmutzung des Grundwassers in der Nähe der Tiefbrunnen des Wasserversorgungsverbandes Westpfalz, aus denen ihr Trinkwasser gefördert wird, gefährdet sehen,
- alle Anwohner, die befürchten, dass sich durch die vorgesehenen großflächigen Rodungsarbeiten die Belastung durch den von der US-Air Base Ramstein ausgehenden Bodenschall weiter erhöht,
- alle Friedensfreunde, die keinen weiteren Ausbau der US-Kriegsmaschinerie in der Region Kaiserslautern wollen und
- alle Steuerzahler, die dagegen sind, dass wieder einmal unzählige deutsche Steuermillionen in ein völlig überflüssiges US-Bauvorhaben und die deshalb erforderlichen Straßenbaumaßnahmen fließen sollen.

Durch die erneute Ankündigung großflächiger Rodungen und die Ausschreibung des Bauvorhabens vor Abschluss der UVP, bei der auch überprüft werden muss, ob an dem vorgesehenen Platz überhaupt ein Hospital gebaut werden darf, versucht das Bundesbauministerium schon wieder, die vorgeschriebene Bürgerbeteiligung auszuhebeln. Das ist ein unerhörter Affront gegen alle Bürger, die sich über das Bauvorhaben informieren wollen, bisher aber noch nicht einmal erfahren durften, wo und wann sie das können, und wo und wie sie gegebenenfalls Einwände dagegen vorbringen können.

Wir halten dieses Vorgehen nicht nur für eine grobe Missachtung der Bürgerrechte, es steht auch so eindeutig im Widerspruch zu dem auf Seite 1 zitierten Beschluss des Verwaltungsgerichts Neustadt, dass auch eine zweite Klage Erfolg haben müsste.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**